Brief aus dem Nationalrat : Diskussion oder Nicht-Diskussion - das ist die Frage

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **80 (1986)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-143236

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

wanden sie ihre Angst und im Bewusstsein einer evangelischen Mission überwanden sie die Distanz zu den Polizisten, die alle acht Stunden Schichtwechsel hatten. Diese sagten ihnen zuerst, die Priester mischten sich in die Politik ein und die Leute vom Movimiento seien nützliche Idioten. Dann veränderte sich bei den Polizisten das Bild über sie, und sie konnten auch mit denen sprechen, die sie schlecht behandelt hatten. Als sie freigelassen wurden, bemerkten sie eine Veränderung in der Haltung der Polizisten. Einige kamen ihnen näher und verabschiedeten sich von ihnen. Es war merkwürdig, dass gerade einer, der sie hart behandelt hatte, ihnen die Hand gab.

Im Jahr 1984 gab es bis November 1196 Foltermeldungen. Das Movimiento will in Zukunft weiter auf die Strasse gehen und in einigen Provinzstädten auf dieselbe Art arbeiten. Ebenso möchte es eine grössere Anzahl Menschen aus den Armenvierteln aufnehmen.

Die Gruppe versteht sich als christlich und tolerant, ein christliches Bekenntnis ist nicht Bedingung zur Teilnahme. Die meisten handeln aus Glaubensüberzeugung, sie trennen diese nicht vom politischen Engagement: Gelebtes Evangelium hat politische Folgen. Wie viele andere Christen sehen sie nur in gewaltfreiem Vorgehen einen Ausweg aus der Gewalt und ihrer Gesetzmässigkeit. Auf seiten der Unterdrücker wächst täglich die Angst vor dem Tag, an dem sich alles umkehren und das Volk zur Rache schreiten wird. Engagierte Christen wollen diesem Tag vorarbeiten, indem sie darauf hinweisen, dass sie noch andere Möglichkeiten sehen, als Gleiches mit Gleichem zu vergelten oder Gewalt mit Gegengewalt.

Brief aus dem Nationalrat

Diskussion oder Nicht-Diskussion – das ist die Frage

Am letzten Tag der Wintersession beschloss der Nationalrat entgegen einem Antrag von Walter Renschler (SP, Zürich): Keine Diskussion zur Dringlichen Interpellation über den Genfer Gipfel aus Schweizer Sicht! Somit bestand keine Möglichkeit, die Frage aufzuwerfen, ob wir eigentlich eine Weltordnung für wünschbar halten, die derart einseitig auf die Herrscher der beiden Weltmächte ausgerichtet ist, oder ob wir uns einer demokratischen Völkergemeinschaft verpflichtet wissen, die gekennzeichnet ist durch die UNO als ihr Organ und durch die Zusammenarbeit eines eigenständigen Europas mit der Dritten Welt und den Blockfreien Staaten.

Aus dieser Sicht ergeben sich ganz konkrete Anfragen an die Schweiz: Wie hast Du es mit Deinen Beiträgen zu einem umfassenden und verifizierbaren Atomteststopp (Abkommen nach der dritten Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrages), wie mit dem Südafrika-Boykott und wie mit der regelmässigen Zunahme der Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial, insbesondere mit Bührles Lieferung von 35-mm-Flabkanonen für 117 Millionen Schweizerfranken in die Türkei? Der Bundesrat muss sich den Vorwurf gefallen lassen – erst recht nach den jüngsten Urteilen des

höchsten militärischen Berufungsgerichtes gegen das Türkische Friedenskomitee –, dem undemokratischen Regime den Rücken gestärkt und neue Flüchtlingsströme in die Schweiz provoziert zu haben!

A propos Südafrika: Der Bundesrat beantwortete die Vorstösse bis zum Ende der Wintersession nicht, die in der Herbstsession eingereicht worden waren, obwohl er dazu verpflichtet gewesen wäre! Und der Nationalrat hatte auch keine Zeit für die Petition zum gleichen Thema, das für den 19. Dezember 1985 ausdrücklich traktandiert war. Er musste militärische Bauten und Landerwerb für 1985, den Militärdienst für Auslandschweizer und Solderhöhungen unter Dach bringen... Diese Prioritäten sind nicht zufällig.

Am gleichen letzten Vormittag lehnte der Nationalrat auch die Diskussion über die Ratifikation des Zusatzprotokolls Nr. 1 zur Europäischen Menschenrechtskonvention ab, beschloss aber eine Minute später, sich der französischen Zollbeamten auf Schweizer Gebiet anzunehmen. Der eine Vorstoss kam von links, der andere von der Vigilance (Genf)! Ebenfalls aus politischen Gründen keine Diskussion über das Absterben der Bannwälder und über AKW-Schäden...

Flüchtlinge – gegenwärtig unser schwierigstes Problem

Noch willkürlicher entschied der Nationalrat über die Vorstösse zu den Flüchtlingsproblemen: Diskussionen (in einem späteren Zeitpunkt) über das Kirchenasyl und über Kurse für Asylbewerber als Entwicklungshilfe. Vom Interpellanten Hofmann (Bern, früher schweizerischer SVP-Präsident) stammt das Angst- und Panik-Wort vom Marsch der 10'000 Tamilen auf Bern. (Im Hinterkopf denke ich jeweils ganz leise an den Marsch der Schwarzhemden auf Rom, der Mussolini an die Macht gebracht hat, aber ich denke nur...). Der gleiche Rat lehnte die Diskussion von Grundsätzen der Asylpolitik mit grossem Mehr ab. Dies rief aber den zornigen Poch-Interpellanten Andreas Herczog (Zürich) auf den Plan, und – siehe da – sein Rückkommensantrag hatte Erfolg: Die Diskussion kann stattfinden – in einer späteren Session! Die Einsicht einer arroganten bürgerlichen Mehrheit dauerte aber nur gerade eine Abstimmung lang!

«Organisierte Debatten» – eine geregelte Form zur Unterdrückung der Redefreiheit – sind in dieser Wintersession viel seltener geworden, eine Frucht des neuen sozialdemokratischen Ratspräsidenten Martin Bundi aus Chur. Aber ausgerechnet bei der Diskussion über den Delegierten für Flüchtlingswesen vermochte sie auch ein Antrag von Prof. Richard Bäumlin (SP, Bern) nicht zu verhindern.

Als Folge konnten wir zu wenig deutlich zum Ausdruck bringen, dass die Flüchtlingsprobleme im Bundesamt für Polizeiwesen nicht durch mangelhafte Gesetze oder Verordnungen entstanden sind, sondern durch organisatorische und personelle Mängel, durch den schweizerischen Zug zum Perfektionismus, durch den bürgerlichen Personalstop und durch das Fehlen erfahrener und verständnisvoller Beamten. Ich habe dem Delegierten zugestimmt, damit endlich Direktor Peter Hess von der bisherigen Verantwortung entbunden wird, nachdem er erklärt hatte, nur die Nationale Aktion hätte das Flüchtlingsproblem richtig erfasst... Eine dringende Ablösung kann offenbar in der Schweiz nur über eine organisatorische Änderung erfolgen. Allerdings war es für mich eine sehr grosse Enttäuschung, dass der neue Flüchtlingsdelegierte, Stadtrat Peter Arbenz aus Winterthur, seine Stelle nicht sofort, sondern aus persönlichen Prestigegründen erst im Frühjahr antreten wird. Ob der Bundesrat den Mann mit der richtigen Einstellung auserwählt hat? Den Flüchtlingen zuliebe ist es zu hoffen. Wenigstens soll er ein guter Organisator sein.

Hansjörg Braunschweig